

32. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 12. Juli 2018

Top 4: Pflege für die Zukunft gestalten-Selbstbestimmung sichern-Pflege vor Ort stärken

Antrag

Der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Drucksache 17/3028

Präsident André Kuper: Vielen Dank Frau Kollegin Lück. Für die FDP spricht nun unsere Kollegin Frau Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Antrag der Grünen mit seinen 14 Seiten ist sicher eine Fleißarbeit, inhaltlich bringt er aber nicht wirklich etwas Neues. Zuerst gibt es eine Aneinanderreihung zu bekannten Themen und Vorhaben der Landes- und Bundespolitik, dann wieder die bekannte Ideologie zur Versorgungslandschaft, und zuletzt holen Sie noch als kleines Schmankerl die Bürgerversicherung aus der Mottenkiste.

Sie sprechen von Berufsfeldpflege und vom Pflegenotstand. Darin brauchen Sie mir keine Nachhilfe zu geben; denn ich habe selbst jahrelang in diesem wunderschönen Beruf gearbeitet.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Dann müssen Sie zum Thema reden!)

An dieser Stelle möchte ich betonen, dass die Pflege ein schöner Berufszweig ist. Sicher, es gibt Schwierigkeiten im Pflegebereich, aber wenn wir die Pflege permanent schlecht reden,

(Michael Hübner [SPD]: Wer hat das denn getan?)

werden wir niemals erreichen, dass sich junge Menschen für diesen Beruf interessieren und

sich darin engagieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich weiß, welche wertvolle Arbeit in den Kliniken, Heimen sowie im ambulanten Bereich geleistet wird. Die Versorgung der Patienten und Bewohner wäre ohne diese Arbeit undenkbar.

Beim Fachkräftenachwuchs und in der Ausbildung stehen wir tatsächlich vor großen Herausforderungen. Mit dem Übergang zur generalistischen Ausbildung stellen sich Fragen, insbesondere hinsichtlich der Zukunft der Altenpflegeschulen. Es besteht die Gefahr, dass wir in diesem Bereich in den nächsten Jahren Kapazitäten in der Pflegeausbildung verlieren.

Die Landesregierung hat aktuell einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der Pflegeberufereform vorgelegt. Zwar können wir hier in NRW die Vorgaben des Bundes nicht umgehen, aber mit Ansätzen wie einer Förderung von Investitionen bei Pflegeschulen außerhalb der Krankenhäuser doch zusätzliche Anreize setzen, um vielfältige Strukturen zu erhalten.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wo ist denn diese Reform?)

Wir werden in den Haushaltsberatungen auch über die Erhöhung der Pauschale für Altenpflegeschulen diskutieren, um Nachteile gegenüber den Pflegeschulen an den Kliniken abzubauen.

Außerdem, werte Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, gehen Sie in Ihrem Antrag auf die Assistenzberufe ein und betonen nochmals, dass nur wenige Menschen die einjährige Ausbildung in Nordrhein-Westfalen absolvieren. Ja, warum ist das denn so? Schauen Sie in die letzte Legislaturperiode: Ihre Ministerin hat alles versucht; sie hat permanent die einjährige Ausbildung verteufelt und wollte sie ganz streichen. Ich bin froh, dass wir mit der Pflegeberufereform noch über eine zweijährige Assistenzausbildung sprechen;

(Beifall von Henning Höne [FDP])

denn wir brauchen diese Assistenzausbildung, wir brauchen die Assistenzberufe.

Sie alle wissen: Man braucht nicht für alles in der Pflege eine dreijährige Ausbildung. Ich selbst habe diesen Beruf damals gelernt und musste beispielsweise alle 206 Knochen des menschlichen Körpers auf Latein lernen. Ob das nun Sinn macht oder nicht, lasse ich einfach mal dahingestellt. Die dreijährige Ausbildung ist jedenfalls sehr anspruchsvoll. Dafür braucht man gute deutsche Sprachkenntnisse und einen vernünftigen Bildungsabschluss.

Ich möchte, dass wir in Nordrhein-Westfalen die Menschen dort abholen, wo sie stehen. Jemand, der nur einen Hauptschulabschluss hat oder die deutsche Sprache noch nicht richtig beherrscht, oder auch jemand, der zu Hause jahrelang einen Angehörigen gepflegt hat, wird doch nicht sagen: Hurra, ich mache eine dreijährige Ausbildung!–Er kann das doch gar nicht schaffen. Wir brauchen die ein- und zweijährige Assistenz Ausbildung. Wir brauchen jeden, der Lust hat, in der Pflege zu arbeiten, und müssen ihn dort abholen, wo er steht.

Wenn Sie von den guten Arbeitsbedingungen in der Pflege sprechen, vernachlässigen Sie zugleich einige Aspekte. Dazu zählen aus unserer Sicht zum Beispiel Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten–deshalb habe ich damals meinen Beruf aufgegeben; denn diese gab es faktisch nicht–, verlässliche Dienstpläne–ganz wichtig in der Pflege–, eine gezielte betriebliche Gesundheitsförderung sowie eine Reduzierung von Bürokratie.

Wir wollen durch die verstärkte Nutzung von IT- und Assistenzsystemen den Aufwand für Bürokratie und Dokumentation reduzieren, um so mehr Zeit für das Wichtigste zu haben: die Zuwendung zu den pflegebedürftigen Menschen.

(Beifall von Henning Höne [FDP]–Henning Höne [FDP]: Das ist auch das Wichtigste!)

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauchen wir zudem mehr Möglichkeiten zur flexiblen Gestaltung der Arbeitszeiten sowie Angebote zur Kinderbetreuung, die Arbeitszeiten und Schichtdiensten in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen gerecht werden. Hier ist die NRW-Koalition mit der Ausweitung der Öffnungszeiten von Kitas auf einem richtigen und guten Weg.

Bei der Struktur der Pflegelandschaft kommen Sie wieder mit Ihren bekannten ideologischen Ansätzen, einzig auf ambulante Angebote zu setzen und Ihre Lieblingsinstrumente wie die verbindliche kommunale Bedarfsplanung und die Quartiersentwicklung zu propagieren. Ihre

Politik hat jedoch zu immensen Verwerfungen und Verunsicherungen in der Pflegelandschaft geführt.

(Beifall von Henning Höne [FDP]–Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Diese grüne Politik wollte den Betreibern und Investoren keine Sicherheit geben, dass sich wirtschaftliches Engagement in der Pflege überhaupt rechnen kann. Sie haben grundsätzlich infrage gestellt, ob man mit Pflege überhaupt Geld verdienen dürfe. Ja, warum denn nicht? Man darf es ja mit jedem anderen Beruf auch. So schaffen Sie aber nur Versorgungspässe und lange Wartezeiten auf einen Pflegeplatz.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Die NRW-Koalition aus Christdemokraten und FDP tritt dafür ein, dass Pflegebedürftige und ihre Angehörigen möglichst selbstbestimmt wählen können, wo und in welcher Form sie betreut werden möchten: sei es im häuslichen Umfeld, in Wohngemeinschaften oder in Heimen und stationären Einrichtungen. Eine ambulante Betreuung mag zwar für viele Menschen wünschenswert sein; sie wird aber nicht allen Pflegebedürftigen gerecht. Wir dürfen deshalb nicht vernachlässigen, dass wir auch in Zukunft eine ausreichende Zahl stationärer Einrichtungen benötigen. Es wäre völlig verfehlt, diese aus dem Markt zu drängen.

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt möchte ich noch einige Worte zur sogenannten Bürgerversicherung verlieren.

Es gibt gute Gründe für den Erhalt des dualen Systems aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung.

(Beifall von der FDP)

Die private Krankenversicherung ist ein Vorreiter bei Innovationen und treibt gleichzeitig immer auch die gesetzliche Krankenversicherung mit an. Schauen Sie einfach einmal in die nordischen Länder oder nach Großbritannien. Da haben wir ein staatliches Gesundheitssystem mit langen Wartezeiten für fast alle Patienten, teilweise hohen Zuzahlungen, Rationierung

gen sowie Einschränkungen der freien Arztwahl.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Zudem würde eine von Ihnen immer wieder geforderte Bürgerversicherung massiv Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen gefährden.

(Beifall von der FDP und Josef Hovenjürgen [CDU]–Vereinzelt Beifall von der AfD)

Ich finde in Ihrem 14-seitigen Antrag keine Lösungen und keine guten Vorschläge zur Verbesserung der Pflege. Ich bin gespannt auf die Beratungen im Ausschuss und danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Schneider. –Für die AfD-Fraktion spricht nun Frau Dworeck